

# Protokoll

über den

Kongreß der deutschen Sozialdemokratie

in

Kopenhagen.



Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883.



Gottingen-Zürich.

Druck der Schweizerischen Genossenschaftsdruckerei.

1883

## Genossen!

Zum zweiten Male seit Inkrafttreten des verrufenen Ausnahme-gesetzes hat die deutsche Sozialdemokratie ihren Kongress im Auslande abgehalten, zum zweiten Male haben sich nach vorhergegangener öffentlicher Einladung aus allen Gauen Deutschlands die berufenen Vertrauensmänner der deutschen Sozialisten zur gemeinsamen Berathung ihrer Angelegenheiten zusammengefunden, unbemerkt von der „allwissenden“ und „allmächtigen“ deutschen Reichspolizei, die seit Wochen ihre Kundschafter aufgeboten hatte, den Ort der geheimen Berathung ausfindig zu machen. Sie hat bis zum letzten Augenblick nichts, absolut nichts erfahren, obwohl die Zahl der Wissenden eine sehr große war; und als sie endlich dahinter kam, war es zu spät — trotz ihres enormen Heeres von Spitzeln und Denunzianten.

Unbemerkt von der deutschen Reichspolizei sind die Männer, welche an den Berathungen theilzunehmen hatten, am 29. März in Kopenhagen zusammengetreten. Nicht um Verschwörungen auszuhecken, nicht um Putsch vorzubereiten, handelte es sich, was in Kopenhagen von unseren Genossen verhandelt wurde, konnte jeder anständige Mensch hören, aber gerade deshalb durften die deutschen Reichsschnüffler nicht dabei sein. Wir haben gegenüber anständigen Leuten keine Geheimnisse, unsere Bestrebungen haben das Tageslicht nicht zu scheuen, offen und frei, ohne jeglichen Rückhalt, treten wir jederzeit und an allen Orten für sie ein, aber wir lassen uns auch das Recht nicht nehmen, unsere eigenen Angelegenheiten unter uns zu berathen und zu diesem Zwecke zusammenzukommen, wo und so oft es uns für zweckmäßig erscheint.

Wir sind keine Freunde der Geheimnisthämerei, aber nachdem man sie uns bei Strafe der Selbstvernichtung aufgenöthigt, hat die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal in glänzender Weise den Beweis geliefert, daß sie das, was sie für nothwendig erkannt hat, auch durchzuführen weiß — trotz alledem! Und das ist die Hauptsache. Nicht tolle, aufsehenerregende Aktionen bekunden die Stärke einer Partei, sondern energisches, thatkräftiges Auftreten allüberall da, wo es gilt, auf den Plan zu treten.

Keine hochtönenden Phrasen, sondern beweiskräftige Argumente, keine leeren Drohungen, sondern Wort und That im Einklang, keine Verschönerungsspielerei, aber um so entschiedener Verschwiegenheit da, wo sie unumgänglich geboten ist, das sind die Grundlagen der Taktik der deutschen Sozialdemokratie, und sie haben sich bewährt — uns und unseren Freunden zur Genugthuung, unseren Feinden zum Verdruß.

Wir sind keine parlamentarische Partei — nicht um zu parlamentiren schicken wir unsere Abgeordneten in die verschiedenen Vertretungskörper — wir sind aber auch keine Revolutionärer. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, in ihrem Verhalten stets den Grundsätzen ihres großen Meisters Marx gefolgt zu sein, der weder vom Parlamentarismus noch von der Revolutionärerei etwas wissen wollte. Wir sind eine revolutionäre Partei, unser Ziel ist ein revolutionäres, und wir geben uns über seine Durchführung auf parlamentarischem Wege keinen Illusionen hin. Aber wir wissen auch, daß die Art, in der es zur Verwirklichung gelangen wird, nicht von uns abhängt, daß wir die Bedingungen, unter denen wir kämpfen, nicht machen können, sondern sie zu studiren haben, und daß unsere Aufgabe neben dieser Erkenntniß darin besteht, lediglich dem Erkannten gemäß zu handeln. Nicht ins Blaue hinein experimentiren, sondern, die realen Verhältnisse im Auge, erst prüfen und dann handeln ist unsere Lösung. Und daß sie es nicht philisterhaft beim Prüfen bewenden lassen, sondern auch, wo es am Platze, entschlossen zur That geschritten sind, das haben — allen Verächtern sei es zugerufen — die deutschen Sozialdemokraten in den vier Jahren seit Bestand des Sozialistengesetzes zur Genüge bewiesen.

Kräftig und ungebrochen steht unsere Partei da, das hat sich auf dem Kongreß in Kopenhagen aufs Neue gezeigt. Einzelne Personen sind abgefallen, die Einen vom Kampfe ermattet, die Anderen aus Feigheit, aber die Armee als Ganzes hat darunter nicht gelitten. Es war durchaus kein schlechtes Zeichen, daß es zum großen Theil „neue“ Männer waren, denen man in Kopenhagen begegnete. Sie lieferten den Beweis, daß trotz Sozialistengesetz es an Nachwuchs nicht fehlt, daß die Gefahr eines Mandarinenthums für unsere Partei nicht besteht.

Was der Kongreß geleistet, darüber haben nicht wir zu urtheilen. Die Genossen werden es aus dem Bericht, den wir hiermit zur Veröffentlichung bringen, selbst ersehen und mögen auch selbst entscheiden. Nur eine Bemerkung sei uns noch gestattet:

Wie der Kongreß ein vortreffliches Bild gab von der Ausbreitung unserer Partei, so mußte jeder Theilnehmer desselben auch den Eindruck gewinnen, daß auch die verschiedenen, im engeren Rahmen der Partei vorhandenen Strömungen auf ihm gebührend vertreten waren. Wir haben keinen Grund, es zu verhehlen, daß in manchen Fragen die Meinungen der Genossen auseinandergehen; denn es ist gerade ein Zeichen der Stärke unserer Partei, daß sie trotzdem nach Außen hin als ein geschlossenes Ganze dasteht. So hart auch die Geister aufeinanderplakten, so offen und rückhaltlos man sich auch gegenseitig die Meinung sagte, so trat doch andererseits deutlich das allgemeine Bestreben hervor: Nicht Majorisirung, sondern Auseinandersetzung und Verständigung. Nichts von Aliquen, die mit einander rivalisirten, sondern Genossen, die in der einen Frage sich gegenüberstanden, und in der anderen wiederum zusammen stimmten, unbeeinflusst durch persönliche Beziehungen. Und dieser lebhafteste Meinungsaustausch bei den verschiedenen Fragen der Taktik zeigte, daß unsere Partei in keiner Weise der Gefahr der Verkümmern ausgesetzt ist, daß es in ihr kein Papstthum gibt und keine Orthodoxie, sondern daß sie innerhalb der in unserem Programm niedergelegten Grundsätze Raum hat für jede ehrlich verfolgte Ueberzeugung.

Nicht allen Wünschen, die an ihn gestellt waren, konnte der Kongreß in der kurzen Zeit seines Zusammenseins gerecht werden, aber man wird ihm das Zeugniß nicht versagen können, daß er die ihm zur Verfügung gestandene Zeit nach Kräften ausgenützt hat. Wenn er nicht alle Fragen der Tagesordnung erledigt hat, so hat er doch ihrer Erledigung wirksam vorgearbeitet. Und darauf kommt es ja vor Allem an. Was nützen die schönsten Beschlüsse, wenn sie nicht dem lebendigen Bedürfniß des Tages entsprechen?

Genug. Der Kongreß hat trotz Puttkamer, Madai und Genossen stattgefunden und, wie wir oben sagten, durch sein Tagen und seine Beschlüsse gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie in jeder Beziehung ungebrochen dasteht, daß sie, von der Wichtigkeit ihrer Bestrebungen durchdrungen, allen kommenden Ereignissen mit Ruhe und Siegeszuversicht entgegensteht, daß sie entschlossen ist, den Kampf, den sie begonnen, unentwegt fortzusetzen, und nicht eher ruhen noch rasten wird bis der Sieg errungen ist. Kampf bis zum Sieg, das ist unsere Lösung.

Hoch die Sozialdemokratie!

### Vorversammlung am 29. März.

Auf Grund der durch den „Sozialdemokrat“ erfolgten Einladung traten am 29. März, Nachmittags 5 Uhr, die bis dahin in Kopenhagen eingetroffenen 54 Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Die dänischen Parteigenossen hatten den Vertrauensleuten der deutschen Sozialdemokratie ihr ständiges Vereinslokal, einen großen, geräumigen Saal mit geeigneten Nebenlokalitäten, in der freundlichsten und bereitwilligsten Weise zur Verfügung gestellt. So fühlte man sich rasch heimisch und vergaß, daß man in fremdem Lande und unter einer anderen Nationalität zusammengetreten war, um Berathungen zu pflegen, welche die Erbärmlichkeit der Zustände in Deutschland unmöglich machte.

Die Vorversammlung wurde durch einen der Reichstagsabgeordneten eröffnet, worauf unser dänischer Parteifreund Böh m das Wort nahm, um die Anwesenden im Namen der dänischen Gestinnungsengenossen auf's Herzlichste zu begrüßen und ihren Berathungen besten Erfolg zu wünschen.

Alsdann schritt man zur Bureauwahl. Nach kurzer Debatte, die entstanden war, weil man von einer Seite wünschte, daß der Vorstz nicht ausschließlich von parlamentarischen Vertretern der Partei versehen werden soll — ein Antrag, welcher abgelehnt wurde — wählte man zwei Vorstzende, vier Schriftführer und einen Führer der Rednerliste. Hierauf ordnete das Präsidium die gegenseitige Vorstellung der Anwesenden und die Feststellung der Präsenzliste an.

Ein Antrag, lautend: Parteigenossen, welche kein bestimmtes Mandat haben und weder Vertreter des „Sozialdemokrat“ noch parlamentarische Vertreter der Partei sind, vom Stimmrecht auszuschließen, wird einstimmig angenommen.

Die hiernach gewählte, aus drei Personen bestehende Mandatprüfungskommission war in der angenehmen Lage, bei ihrer Berichterstattung am nächstfolgenden Tage konstatiren zu können, daß gegen die Zulassung keines der mittlerweile auf 60 Köpfe angewachsenen Delegirten ein Bedenken zu erheben sei. 56 von den 60 Vertretern seien im Besitz von 60 Voll-

machten, die übrigen vier seien Personen, die kraft ihrer Parteistellung zuzulassen seien. Weiter wurde seitens des Berichterstatters der Mandatprüfungskommission hervorgehoben, daß er, der seit dem Jahre 1872 alle Kongresse besucht, noch keinem beigewohnt habe, auf dem eine so vollkommen gleichmäßige Vertretung aller Bezirke, in denen die Partei Anhänger besitze, vorgekommen sei. Früher habe man erlebt, daß die dem Kongressort zunächst liegenden Bezirke außergewöhnlich stark, dagegen die entfernten recht mangelhaft, oft gar nicht vertreten gewesen seien. Das sei diesmal ganz anders. Die ärmsten Bezirke Schlesiens und Sachsens, wie die entferntesten Südwestdeutschlands seien gleich dem Norden und Westen vertreten, und gewähre die Gesamtvertretung ein sehr erfreuliches Bild von dem vortrefflichen Geiste, der die Parteigenossen in Deutschland beherrsche.

Von den Parteigenossen im Auslande hatten die Londoner Lemke, die Pariser Thies und die Organisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz Fischer als Delegirte gesandt. Von den Newyorker Sozialisten war der nach Europa gereiste Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, der New-Yorker Volkszeitung, Alex. Jona s, ersucht worden, dem Kongress als Vertreter beizuwohnen. Jona s, in der Meinung, daß der Kongress wieder in der Schweiz sei, hielt sich in Mentone auf, als er erfuhr, daß derselbe ziemlich am anderen Ende Europa's stattfindet, und war so infolge der Kürze der Zeit und der Weite der Reise verhindert, denselben besuchen zu können. Es wurde beschlossen, das von ihm eingegangene ausführliche Memorandum über die Newyorker, resp. amerikanischen Parteiverhältnisse, soweit thunlich, im „Sozialdemokrat“ zu veröffentlichen.

Die Tagesordnung für die Verhandlungen wird von der Versammlung in folgender Weise festgesetzt:

- 1) Allgemeiner Bericht über die Situation der Partei und daran unmittelbar anknüpfend Bericht über die gesammelten Unterstützungsgelder und deren Verwendung.
- 2) Mittheilungen über den materiellen Stand des „Sozialdemokrat“.
- 3) Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
- 4) Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Sozialreform.

- 5) Die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die Taktik der Partei und die Haltung des „Sozialdemokrat“.
- 6) Die Reichstagswahlen.
- 7) Organisation und Agitation für dieselben.
- 8) Besondere Anträge der Kongressmitglieder.

Bezüglich einer genauen Revision der Einnahmen und Ausgaben wünschen die Sammler, daß dieselbe in Zürich vorgenommen werde, da diese Arbeit sicher mehrere Tage in Anspruch nehmen und gründlich vorgenommen werden müsse. Man kommt überein, die Revisoren zu wählen, nachdem man den Bericht gehört.

Nach verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen erfolgt Schluß der Vorversammlung kurz nach 8 Uhr Abends und wird die erste Sitzung für die Hauptverhandlung auf nächsten Morgen 8 Uhr anberaunt.

\* \* \*

Erste Sitzung am 30. März,  
Morgens 8 Uhr.

Die Sitzung wird um 8 Uhr Vormittags eröffnet und ergibt die Verlesung der Präsenzliste die Anwesenheit von 59 Delegirten. Das Protokoll der Vorversammlung wird verlesen und genehmigt. Der Wunsch eines Redners, die Protokolle etwas ausführlicher zu behandeln, wird der Berücksichtigung der Schriftführer überwiesen.

Alsdann wird zum ersten Punkt der Tagesordnung geschritten: Allgemeiner Bericht, Sammlungswesen.

Der Berichterstatter erörtert zunächst die Gründe, welche es der Mehrheit der Parteivertreter unthunlich erscheinen ließ, dem vielfach geäußerten Wunsche, schon voriges Jahr einen Kongress abzuhalten, zuzustimmen. Dagegen hätte im letzten Herbst eine dreitägige Konferenz der Reichstagsabgeordneten unter Hinzuziehung mehrerer anderer Vertrauenspersonen in Zürich stattgefunden, in der alle auf die Parteilage bezüglichen Gesichtspunkte und Ereignisse einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen worden seien. Uebergehend zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation konstatierte der Redner zunächst, daß sich die Gesamtlage der Partei wie die Lage der Verhältnisse überhaupt seit dem Wüdener Kongress sehr zu Gunsten der Partei in Deutschland verbessert habe. Die Partei stehe, wie schon ein Blick auf die

Zusammensetzung dieser Versammlung lehre, ungebrochen da, sie habe an Selbstvertrauen und Zukunftshoffnung ungemein gewonnen. Ganz wesentlich hätten dazu die allgemeinen Wahlen des Jahres 1881 beigetragen, bei welchen zum ersten Male seit dem Ausnahme-gesetz die Gesamtpartei sozusagen im Feuer exerzirte und dadurch überall die Erkenntniß ihrer Stärke und der einzuschlagenden Agitations- und Organisations-taktik erlangt habe.

Sei nun der Erfolg der letzten Wahlen in Bezug auf das Resultat der gewonnenen Sitze ein erfreulicher gewesen, so dürfe andererseits nicht verkannt werden, daß die Partei seit 1878 an Stimmen nicht unerheblich eingebüßt habe, und gelte es jetzt, zu untersuchen, welchen Ursachen dies zuzuschreiben sei, und durch welche Mittel man ähnliche Verluste für die Zukunft verhüten könne.

Zunächst sei zu konstatiren, daß bei Beginn der Agitation für die allgemeinen Wahlen die Organisation in einzelnen Wahlkreisen, namentlich in solchen, wo schon früher die Parteigenossen schwach waren, oft mangelhaft war, theilweise gänzlich fehlte. Daß demnach dort auch die Mittel für die Agitation mangelten, sei klar, und in einer sehr erheblichen Anzahl von Wahlkreisen auch vielfach die geeigneten Kräfte. Der ökonomische Druck, der seit dem Ausbruch der Krise in stets steigendem Maße die meisten unserer Parteigenossen betroffen, habe naturgemäß vielfach niederdrückend gewirkt. Die Maßnahmen des Sozialistengesetzes und die daraus folgende Vernichtung zahlreicher Existenzen, wie die Unmöglichkeit, sich eine neue Existenz zu schaffen, habe die Mißstimmung und vielfach die Muthlosigkeit verschärft und zur Auswanderung einer großen Zahl tüchtiger Parteigenossen geführt, deren Fehlen sich namentlich in der Wahlagitation bemerklich gemacht habe. Der Verlust mehrerer Bezirke könne wesentlich auf dieses Konto geschrieben werden.

Der ökonomische Druck habe auch vielfach die Genossen verhindert, in gewohnter Weise sich an der Agitation zu betheiligen, weil dies gleichbedeutend mit Vernichtung der Existenz gewesen sei. Zu diesem ökonomischen Druck kamen die vielfach fast unerhört und schamlos zu nennenden polizeilichen Machinationen und Verfolgungen, namentlich im Königreich Sachsen, denen die Genossen nicht immer entsprechend gerüstet entgegentreten konnten. Ferner dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß in vielen Kreisen der Genossen angesichts der wilden Polizeihege und unter dem Eindrucke des Ausnahme-gesetzes der Glaube an den Er-

folg bei den Wahlen fehlte, der aber — wie die Stichwahlen zeigen — sofort nach der ersten Bethätigung zurückkehrte.

Ein Hauptgrund aber sei gewesen, daß man in vielen Bezirken nicht in der Lage war, rechtzeitig oder überhaupt das genügende Druckmaterial zu beschaffen. In vielen Wahlkreisen hätte man nur Stimmzettel vertheilen können und nicht ein einziges Flugblatt; das sei z. B. in nicht weniger als fünf sächsischen und in mehreren rheinischen Wahlkreisen der Fall gewesen. Es sei die Pflicht der Genossen, diesen Uebelständen künftig in erster Linie vorzubeugen, und er glaube, daß sich dies machen lasse.

Nebner gibt eine Reihe von Rathschlägen, die seiner Meinung nach geeignet seien, diesem sehr wesentlichen Uebelstand künftig abzuhelpfen.

Konflikationen von Flugblättern und Stimmzetteln, Verhaftungen, Verbote von Versammlungen, häufig im Widerspruch mit den bestehenden Gesezen, hätten ebenfalls vielfach einschüchternd oder schädigend gewirkt, und so müßte für das nächste Mal und rechtzeitig eine alle möglichen Vorkommnisse berücksichtigende genaue Wahl- und Agitationsinstruktion ausgearbeitet werden, welche die Parteigenossen allerwärts in die Lage setze, zu wissen, wie sie sich in allen vorkommenden Fällen zu verhalten hätten, und wie sie sich gegen Gewaltthätigkeiten und Uebergriffe der Behörden am besten schützen könnten.

Wie während der Wahlagitation und namentlich bei den Nachwahlen der Muth und das Selbstvertrauen der Parteigenossen gestiegen sei, habe Jeder mit Genugthuung begrüßen können, ja man dürfe ohne Uebertreibung sagen, daß der vortreffliche Geist, der heute die Genossen überall beherrsche, ganz wesentlich im Wahlkampf und durch den Wahlkampf geboren worden sei; und dadurch sei auf's schlagendste die Ansicht Jener widerlegt, die fortgesetzt predigten, sich der Betheiligung bei den Wahlen zu enthalten.

Hätten also in Folge der aufgeführten ungünstigen Ursachen vielfach starke Stimmenaüsfälle stattgefunden, wäre unter dem Druck der Gewalt in anderen Wahlkreisen das Resultat gegen früher das gleiche geblieben, so ließ sich anderseits auch in manchen Wahlkreisen ein glänzender Aufschwung konstatiren. So insbesondere am Mittelrhein und Main, in der Pfalz, in verschiedenen sächsischen Bezirken. Gegenüber der Behauptung, wir hätten unsere Siege nur der Hilfe eines Theils der Gegner zu

verdanken, müsse darauf hingewiesen werden, daß dies z. B. bei den glänzenden Stichwahlresultaten im Chemnitzer und im Zwickau-Crimmitschauer Wahlkreis nicht der Fall gewesen sei. Dort hätten unsere Kandidaten sehr wenig gegnerische Stimmen erhalten, und diese Siege seien um so bemerkenswerther, als man für die Nachwahl fast ausschließlich nur mit Vertheilung von Stimmzetteln agitirt habe.

Wesentlich förderlich den Wahlen sei die Hilfe gewesen, welche aus den Erträgnissen der Reise von Fritzsche und Bieder nach den Vereinigten Staaten geflossen sei, die ein Reinerträgniß von über 13,000 Mark ergeben habe. Man sei den amerikanischen Genossen, die dieses Unternehmen gefördert, lebhaften Dank schuldig, und er spreche dieser hiermit, wie er glaube, im Namen aller Anwesenden aus. (Zustimmung.) Eine besondere Anerkennung verdienten auch die Parteigenossen derjenigen Orte und Bezirke, die seit Jahr und Tag dem kleinen Belagerungszustand verfallen sind. Niemand werde glauben, daß dort die Polizei mit besonderer Schonung vorgegangen sei. Alles was an bekannten einflußreichen Personen vorhanden war, habe man ausgewiesen; wo eine solche Person so zu sagen übersehen sei, wäre dieselbe gezwungen, sich ruhig zu verhalten, und obgleich man somit geglaubt habe, der Partei in jenen Bezirken den Lebensnerv zu unterbinden, müsse die erfreuliche Thatsache konstatirt werden, daß gerade in den Belagerungszustandsgebieten der Geist der Partei am ausgezeichnetsten sei, die Genossen am großartigsten opferten und, wie aus dem Bericht des „Sozialdemokrat“ hervorgehe, das Blatt die größte Verbreitung besäße. Dort hätten heute Männer in der großen Mehrzahl die Führung in der Hand, die vor wenigen Jahren Niemand nur dem Namen nach gekannt, die auch heute weiteren Kreisen unbekannt wären und so recht aus der Mitte der Partei herausgewachsen seien. Dort habe sich gezeigt, daß alle Führerschaft ersehbar sei, die Partei nicht von Einzelnen abhängige. Er schlage vor, den Parteigenossen der unter dem Belagerungszustand stehenden Bezirke für ihre tapfere und hingebende Haltung die Anerkennung des Kongresses auszusprechen. (Allgemeine Zustimmung.)

Hervorzuheben sei ferner, daß, wie der spätere Bericht noch des Näheren zeigen werde, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ von Monat zu Monat die erfreulichsten Fortschritte mache, und derselbe heute fast überall gelesen werde, wo die

Partei nur Anhänger besitze. Um für den Druck des Blattes eine sichere Stätte zu haben und auch andere Drucksachen, die das Sozialistengesetz zu scheuen hätten, ungehindert herstellen zu können, hätten sich eine Anzahl Zürcher Parteigenossen veranlaßt gesehen, im Verein mit dem Genossen Conzett, früher in Chur, jetzt in Hottingen, die ehemalige schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung käuflich zu erwerben. Conzett sei als Miteigentümer zugleich Leiter derselben.

Hervorzuheben sei ferner, daß die sächsischen Parteigenossen unmittelbar nach Verhängung des Leipziger Belagerungszustandes einen erfreulichen Erfolg bei den Landtagswahlen davongetragen, und es sei anzunehmen, daß wenn es gelinge, die Kandidaten noch zu überwinden, weitere Erfolge bei den dieses Jahr stattfindenden Landtagswahlen zu erlangen sind.

Die Agitation werde den Parteigenossen künftig durch die Beschlüsse erleichtert, welche namentlich in der gegenwärtigen Session der Reichstag mehrfach gefaßt habe. Nachdem früher schon der Paragraph des Sozialistengesetzes bezüglich der Sammlungen dahin interpretirt worden sei, daß Sammlungen zu Gunsten der Familien von Ausgewiesenen und politisch Gemäßigten nicht verboten werden könnten\*), ist der kürzlich gefaßte Beschluß, daß Stimmzettel nicht als Drucksachen im Sinne des Sozialistengesetzes aufgefaßt werden dürften, von besonderer Wichtigkeit. Wichtig seien auch die Beschlüsse der Reichstagswahlkommission, daß Wahlversammlungen, weil sie von Sozialisten einberufen würden, nicht ohne Weiteres auf Grund des Sozialistengesetzes verboten werden könnten. Es sei Sache der Parteigenossen, diese dem Sozialistengesetz zugefügten Lächer nach Kräften zu erweitern.

Habe er (Referent) bisher meist nur Erfreuliches zu melden gehabt, so müsse er jetzt auch eines tief traurigen Ereignisses gedenken, das erst in den letzten Wochen nicht bloß die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie aller Länder betroffen habe. Dies sei der unerwartete und zu frühe Tod des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, des Gründers der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Karl Marx. Die deutsche Sozialdemokratie habe in erster Linie sein Andenken zu

\*) Hier sei an den Beschluß des Reichsgerichts erinnert, daß nur solche Sammlungen strafbar sind, die von der Landespolizeibehörde ausdrücklich untersagt wurden.

ehren und so möge die Versammlung als Ausdruck des Schmerzes über den erlittenen unerseßlichen Verlust und als Zeichen der Anerkennung für die Leistungen des Verstorbenen für die Sache des arbeitenden Volks sich von den Plätzen erheben — eine Aufforderung, der Alle nachkommen.

Wie das Andenken von Karl Marx auch äußerlich am besten geehrt werden könne, darüber würden der Versammlung noch Vorschläge zugehen. —

An dieses Referat über die Lage der Partei schloß sich unmittelbar der Bericht der mit dem Sammlungswesen betrauten Personen. Derselbe ergab, daß innerhalb Deutschlands die Gesamteinnahmen der Sammelstellen vom 5. Aug. 1881 bis 28. Febr. 1883 sich auf rund 95,000 Mark beliefen, die Ausgaben auf 92,100 Mark und am 1. März ein Bestand von 2,900 Mark vorhanden war. Hierzu kommen die Gesamteinnahmen, die für die verschiedensten Zwecke nach Zürich gesandt wurden und die sich auf 20,429 Franken in Einnahmen und 16,933 Franken in Ausgaben belaufen, sowie die Opfer, welche die Parteigenossen in den einzelnen Orten und insbesondere in den Belagerungsbezirken innerhalb dieser Zeit für Unterstüßungen, Wahlen zc. aufbrachten. Diese ließen sich nicht genau feststellen, man könne sie aber ohne Uebertreibung auch auf mindestens 150,000 Mk. veranschlagen. —

Im Anschluß hieran berichtet der schweizerische Delegirte über die Bewegung in der Schweiz, resp. die Organisation der deutschen Sozialisten, die, getrennt von den politischen und gewerkschaftlichen Landesorganisationen, in 17 Mitgliedschaften 600 Genossen vereinige, um neben der möglichsten materiellen Unterstützung der Partei in Deutschland auch den geistigen Zusammenhang unter den deutschen Genossen mit der Bewegung in Deutschland aufrechtzuerhalten und sich mit der Mutterpartei zu jeder Zeit und bei allen Kämpfen als ein untrennbares Ganze zu fühlen.

\* \* \*

Zweite Sitzung am 30. März,  
Nachmittags 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst festgestellt, daß sämmtlichen Reichstagsabgeordneten der Partei Zeit und Ort des Kongresses bekannt war, und daß eine letzte, rein formelle

Einladung an einige derselben nur in Folge eines Verfehrens unterblieben sei.

Hierauf wird in der Diskussion der Tagesordnung fortgefahren.

Dabei werden zunächst verschiedene Wünsche laut, welche eine einheitliche Regelung des Unterstützungswesens verlangen, und wird besonders darauf hingewiesen, daß es bisher nicht selten vorgekommen, daß wirklich unwürdige Individuen verhältnißmäßig bedeutende Hilfe empfangen haben. Es wird zur Abhilfe dieses Uebelstandes unter Anderem auch vorgeschlagen, Unterstützungen nur mehr von einer Zentralstelle aus zu zahlen.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Ebenso ein Antrag, welcher festsetzen wollte, daß, außer an der Zentralstelle, nur Mk. 5,00 Unterstützung an einen Gemäßregelten zu bezahlen seien.

Angenommen dagegen wurde folgender Antrag:

„Selbunterstützung zur Weiterreise sollen die in's Ausland gehenden gemäßregelten oder flüchtigen Genossen nur dann erhalten, wenn sie entweder einen genügenden Ausweis mitbringen oder binnen acht Tagen von einem Vertrauensmann ihres letzten Wohnortes oder einem Vertreter der Partei einen solchen beibringen.“

Es wurde nun der Wunsch ausgesprochen, zur Orientirung der Genossen in bestimmten Zwischenräumen im „Sozialdemokrat“ die Namen der Personen zu veröffentlichen, welche wegen Mißbrauchs der Hilfe oder aus anderen Gründen nicht mehr als Parteigenossen anerkannt werden.

Bei der Debatte hierüber wurde von den verschiedensten Seiten hervorgehoben, wie die Parteigenossen an den einzelnen Orten häufig in Folge ihrer Gutmüthigkeit und Nichtbeachtung der im „Sozialdemokrat“ erlassenen Warnungen selbst verschuldet hätten, daß Gelder an Unwürdige floßen.

Seitens des Londoner Vertreters wurde bei dieser Gelegenheit beklagt, daß der Londoner Verein übermäßig von Auswanderungslustigen belästigt worden sei, in Folge dessen man ca. 1500 Mark für Auswanderer bezahlt habe, wodurch die Existenz des Vereins in Frage gestellt worden sei.

Auch von mehreren anderen Seiten wurde über die übergroße Auswanderungslust seitens der Ausgewiesenen geklagt und der Vorwurf erhoben, daß die Parteivertretung die Auswanderung eher befördert als zu hindern versucht habe.

Dagegen wurde geltend gemacht, daß die Parteivertretung nur in den Fällen ihre Zustimmung zur Auswanderung gegeben

habe, wo zweifellos feststand, daß die betr. Personen nicht im Stande waren, sich in Deutschland eine Existenz zu schaffen. Die wegen politischer Vergehen Flüchtigen aber seien fast ausnahmslos ohne Vorwissen irgend eines Vertreters der Partei ausgewandert.

Nachdem noch konstatirt wurde, daß viele der jetzt im Ausland lebenden Genossen, welche dort in der thätigsten Weise für die Partei wirken, in Deutschland sich in einer Lage befanden, daß sie ohne Unterstützung der Partei nicht leben konnten, wird der Beschluß gefaßt, in geeigneten Zwischenräumen die Namen der Personen zu veröffentlichen, die sich Mißbrauch der Hilfe zu Schulden kommen ließen.

Von einer größeren Anzahl Redner wurde während der Debatte auch des Sammlungswesens gedacht, und war besonders eine größere Zahl von Anträgen gestellt, welche sich darauf bezogen, den Parteigenossen einen detaillirten Einblick über die Verwendung der eingegangenen Gelder zu verschaffen.

Es wurde zunächst von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß durch eine detaillirte Abrechnung, welche Vertrauensleuten zuzustellen wäre, der mißbräuchlichen Ausnützung der Parteihilfe vorgebeugt werden könnte. Dann glaubte man in einer solchen Abrechnung ein Mittel zu haben, dem Hie und da von zweifelhaften Elementen angefachtem Mißtrauen besser begegnen zu können, weiter wurde von einer Seite besonders auch darauf hingewiesen, daß in einer solchen Abrechnung ein wesentlicher Sporn und Antrieb für die Aufbringung weiterer Mittel läge.

Diesen verschiedenen Anträgen wurde indeß entgegengehalten, daß nach Lage der Dinge, wie sie in Deutschland durch das Ausnahmegesetz geschaffen sei, es ganz unmöglich und für die betreffenden Personen nachtheilig wäre, eine solche Abrechnung zu geben. Die Erfahrung habe gelehrt, daß selbst wenn solche Mittheilungen nicht bereits während der Versendung durch die Post in die Hände der Polizei geliefert würden, eine große Zahl unserer Genossen, trotz aller schlimmen Erfahrungen, noch immer nicht die genügende Voracht in Bezug auf Verwahrung oder Vernichtung von Briefen zc. walten ließen. Eine zahlreiche Reihe von Verfolgungen, Inquirirungen zc. wäre davon die Folge. Der dadurch aber angerichtete Schaden stände in gar keinem Verhältniß zu dem Nutzen, den solche Mittheilungen etwa bringen könnten. Die Polizei verfare sehr willkürlich und bei den Gerichten fände man theilweise auch gar merkwürdige

Auffassungen und Auslegungen, so daß selbst Verurtheilungen auf Grund des Sozialistengesetzes nicht ausgeschlossen seien.

In der eingehenden Debatte über diesen Punkt wurde von den verschiedensten Seiten hervorgehoben, wie es ja ganz selbstverständlich wäre, daß die Genossen ein Recht darauf haben, über die Verwendung der von ihnen, theilweise unter den schwierigsten Verhältnissen, aufgebrachten Gelder orientirt zu werden; daß es aber unter den heutigen, ohne unser Zutun geschaffenen Verhältnissen, eine Unmöglichkeit sei, diesem Rechte im vollen Umfange Genüge zu leisten. Die Genossen müßten sich deshalb zufrieden geben, wenn für eine genügende Kontrolle gesorgt werde; andererseits aber muß es ihnen überlassen bleiben, in Spezialfällen sich Auskunft und Aufklärung zu holen.

In Bezug auf den Umstand, daß in Folge der Nichtveröffentlichung einer detaillirten Abrechnung Mißtrauen entstehen könnte, wurde allseits konstatiert, daß die bis jetzt mit dem Sammelwesen betrauten Personen sich des unbedingtesten Vertrauens erfreuten und daß die Wünsche nach einer anderen Form der Abrechnung nicht dem Mißtrauen, sondern dem Wunsch nach Aufklärung entspringen.

Der Hoffnung gegenüber, daß die Veröffentlichung der Ausgaben ein neuer Sporn zur Aufbringung von Geldmitteln wäre, wurde auf die Thatsache hingewiesen, daß die Sammlungserträge seit Bestehen des Ausnahmegesetzes eher zu als abgenommen hätten.

Bedenkt man, daß im Laufe der letzten 2 $\frac{1}{2}$  Jahre zirka 95,000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, und erwägt man, daß durch die Proklamirung des kleinen Belagerungszustandes in den Zentren unserer Bewegung die letzteren durch die Unterstützung der am Orte verbliebenen Angehörigen der Ausgewiesenen verhindert wurden, in derselben Weise, wie es sonst wohl geschehen wäre, die von ihnen aufgebrachten Mittel zur Verfügung zu stellen, so ergibt sich daraus, daß die Opferwilligkeit der Genossen sich in großartigster Weise bethätigt hat. Dies verdiene um so mehr hervorgehoben zu werden, als seitens der meisten Polizeibehörden in Deutschland in infamster Weise die Versuche, für die Opfer des Sozialistengesetzes Hilfe zu schaffen, zu verhindern gesucht wurde.

Von verschiedenen Rednern wurde besonders auch auf die hervorragende pekuniäre Unterstützung hingewiesen, welche die im

Ausland und besonders in Amerika lebenden Genossen der Partei haben angebeihen lassen.

Es gelangten folgende Anträge zur Annahme:

- a) „Der „Sozialdemokrat“ soll vierteljährlich mit der Quittung der eingegangenen Gelder zugleich auch die Gesamtsumme der Ausgaben angeben. Spezialisirte Abrechnungen sind nur den Kongressen resp. Konferenzen vorzulegen.“
- b) „Eine Kommission von drei Mann zur Prüfung über die Einnahmen und Ausgaben der Unterstützungsgelder der letzten 2 $\frac{1}{2}$  Jahre zu ernennen. Eine solche Prüfung soll künftig halbjährlich stattfinden und kurzer Bericht im „Sozialdemokrat“ erfolgen.“
- c) „Die Versammlung spricht den amerikanischen Genossen besonderen Dank für die Sammlungen zur Unterstützung unserer Partei, sowie der unserer Partei angehörigen Ueberschwemmten aus.“
- d) „Die Versammlung spricht den Personen, die sich der Verwaltung der Unterstützungsgelder unterzogen haben, für ihre mühevolle Thätigkeit ihren Dank aus.“

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, daß in Deutschland einige Zeitungen beständen, welche von den Genossen durch Abonnement unterstützt würden, und wurde daran von einer Seite der Wunsch geknüpft, in Zukunft davon abzusehen.

Gegen diese Ansicht wurde geltend gemacht, daß in Wirklichkeit Parteiblätter in Deutschland nicht bestehen und nicht bestehen könnten, die Blätter seien Privateigenthum. Wenn aber das eine oder andere dieser Blätter uns gegenüber keine feindliche Haltung einnehme, so sei das kein Unglück. Entschieden verurtheilt freilich müßte werden, wenn ein Genosse an einem Orte das Parteiorgan, den „Sozialdemokrat“, über einem solchen Lokalblatte vernachlässigte oder gar zu Gunsten des letzteren gegen das erstere agitire. Soweit solche Fälle konstatiert werden konnten, fanden dieselben den herbsten Tadel.

Recht lebhaft trat im Anschluß an diese Debatte auch der Wunsch zu Tage, durch Beschaffung von gut geschriebenen Broschüren und Flugblättern die Agitation zu unterstützen. Eine ganze Reihe von darauf bezüglichen Wünschen wurden den schriftstellerischen Kräften zur Berücksichtigung empfohlen.

Unter Hinweis auf den bezüglichen in Wyden seiner Zeit ausgesprochenen Wunsch, wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben,

daß dem Partei-Archiv in Zürich seitens der Genossen nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es wurde, um diesem Uebelstande abzuhelfen, folgender Beschluß gefaßt:

„Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ möge in geeigneten Zwischenräumen zur Sammlung für das Parteiarchiv auffordern.“

Eine während der Debatte erfolgte Anfrage, ob es richtig sei, daß zwischen der im „Sozialdemokrat“ gegebenen Abrechnung und den diesbezüglichen Angaben in der „New-Yorker Volksztg.“ über die Einnahmen von der Frißche-Biereck'schen Agitationsreise eine Differenz bestehe, fand durch die hierauf abgegebenen Erklärungen eine vollständig befriedigende Beantwortung.

Zum Schlusse wurden drei Zürcher Genossen für die Revision gewählt.

\* \* \*

Dritte Sitzung am 30. März,

Abends 10 Uhr.

Zur Verhandlung kommt die Frage der Reichstagswahlen, bezüglich deren von einigen Rednern unter Hinweis auf die von uns früher eroberten und wieder verlorenen Wahlkreise der Standpunkt geltend gemacht wird, daß es bei der jetzigen Lage der Dinge mehr darauf ankommen müsse, möglichst viel Sitze zu erobern, als mit großen Zahlen aufzutreten. Diese Ansicht stößt auf energischen Widerspruch, der hauptsächlich darauf fußt, daß es Hauptaufgabe unserer Partei sei, das sozialdemokratische Bewußtsein in den Massen zu verbreiten und zu stärken, denn dies allein sei die sicherste Bürgschaft für den Erfolg unserer Sache.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Vorstand der dänischen Parteigenossen den Wunsch hege, den Kongreßmitgliedern zu Ehren ein Abendessen zu geben, und zu wissen wünsche, ob ein solches angenommen werde und für wann. Man einigt sich, dasselbe für Samstag Abend zu akzeptiren.

Schluß der Sitzung: 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Abends.

\* \* \*

Vierte Sitzung am 31. März,

Morgens 8 Uhr.

In Fortsetzung der Debatte über die Reichstagswahlen gelangen nunmehr die verschiedenen speziellen Anträge zur Diskussion.

Allseitige Zustimmung und schließlich einstimmige Annahme findet ein Antrag auf Herausgabe eines allgemeinen Wahlmanifestes, welches in genügender Anzahl in ganz Deutschland verbreitet werden und für Freund wie Feind die Grundsätze der Sozialdemokratie, ihre Stellung zu den verschiedenen Parteien wie gegenüber der Regierung klarlegen soll.

Ebenfalls zur Annahme gelangt ein Antrag auf Herausgabe einer Instruktionsbroschüre, welche auf Grund der bei den letzten Wahlen gemachten Erfahrungen und der verschiedenen Reichstags- u. c. Entscheidungen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, Rathschläge bezüglich des Verhaltens gegenüber dem von Polizei und Behörden beobachteten Vorgehen u. s. w. enthalten soll.

Einer Reihe von Anträgen, welche sich auf die sogenannten offiziellen Wahlkreise beziehen, als z. B. Erklärung bisher nichtoffizieller Wahlkreise zu offiziellen, Bestimmung, daß ein Kandidat nur in höchstens zwei offiziellen Wahlkreisen aufgestellt werden dürfe u. dgl., steht ein Antrag gegenüber auf Abschaffung der offiziellen Wahlkreise überhaupt. Für diesen wird in der Diskussion geltend gemacht, daß von jeher die diesbezüglichen Nominirungen von den von uns nicht zu beeinflussenden Verhältnissen korrigirt wurden. Wahlkreise, die als offiziell erklärt wurden, blieben in der Stimmenzahl weit hinter den Erwartungen zurück; andere, die als fester Bestand der Partei galten, gingen unter dem Druck der Verhältnisse verloren; dagegen seien mehrfach nichtoffizielle Wahlkreise erobert worden. Den mit der Leitung der Wahlen betrauten Genossen durch derartige Beschlüsse aber regelmäßig die Hände gebunden.

Dieser Antrag wurde mit großem Mehr angenommen, ebenso ein weiterer, der die Vertreter der Partei im Reichstag beauftragt, im geeigneten Momente 5 Personen zu bestimmen, welche alle auf die Wahlen bezüglichen Anordnungen zu treffen, Rath und Auskunft zu ertheilen haben und insbesondere bei Doppelwahlen unter sorgfältiger Abwägung der Umstände und mit Hinzuziehung der Vertrauensmänner der betreffenden Kreise entscheiden sollen, in welchem Kreise der Gewählte anzunehmen habe und welcher Kandidat für die Nachwahl aufzustellen sei.

Weiter gelangt folgender Antrag zur Annahme:

„Der Kongreß fordert die Parteigenossen auf, unverzüglich in die Vorbereitung für die allgemeinen Reichs-

tagswahlen einzutreten, Mittel in jeder geeigneten Form zu beschaffen und die Organisation in den einzelnen Wahlkreisen in Angriff zu nehmen oder zu vervollkommen.“

Bezüglich der Wahlkandidaturen wird der Antrag der sächsischen Delegiertenkonferenz nach kurzer Debatte angenommen:

„Der Kongreß erwartet, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Aufstellung der Kandidaten nicht auf Vorschlag einzelner zu Rathe gezogener Genossen stattfindet, sondern daß die Aufstellung einheitlich organisiert werde und durch Territorial-Wahlkonferenzen im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolge. Weiter soll das bei den letzten Wahlen verschiedentlich befolgte System der Aufstellung eines Kandidaten in einem Duzend und mehr Wahlkreisen verlassen werden und sollen, namentlich für Zählkandidaturen, auch solche Genossen aufgestellt werden, welche zwar einen politisch weniger bekannten Namen haben, aber in ihren Kreisen Vertrauen genießen und eine hinreichend unabhängige Stellung einnehmen.“

Von einer schärferen Fassung wurde abgesehen, weil man den einzelnen Wahlkreisen keine absoluten Beschränkungen auferlegen könne und die Verhältnisse schließlich entscheidend seien.

Eine sehr lebhafte Debatte entspinnt sich über die Frage des prinzipiellen Verhaltens bei den Wahlen.

Selbstverständlich herrschte keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Partei bei dem ersten Wahlgange nur eigene Kandidaten aufstellen dürfe, und wurde nachstehender Antrag:

„Zur ersten Wahl stellt die Partei überall selbständig Kandidaten auf. Ein Kompromiß oder Zusammengehen mit irgend einer anderen Partei darf nirgends stattfinden“

einstimmig angenommen.

Bezüglich unseres Verhaltens bei den Stichwahlen trat eine Reihe von Rednern mit äußerster Entschiedenheit dafür ein, daß die Sozialdemokratie bei Stichwahlen überall da, wo eigene Kandidaten nicht in Frage kommen, Wahlenthaltung zu proklamieren habe. Andere erklärten sich zwar gleichfalls gegen jeden Wahlkompromiß, wollten aber den Genossen nicht für alle Fälle die Hände binden. Bei den Stichwahlen komme nicht in erster Linie das Prinzip, sondern die Nützlichkeit in Frage, was auch in der Regel die Massen durch ihr Verhalten bekundet hätten. Von diesem Gesichtspunkte aus wollten einige Redner die Stellung der betreffenden Kandidaten gegenüber dem Ausnahme-

gesetz zum Prüfstein machen, stießen aber auf lebhaften Widerspruch, indem andere Redner dies als ein durchaus ungenügendes Kriterium bezeichneten; es müsse vielmehr das ganze politische Verhalten der Kandidaten, namentlich ihre Stellung zur Regierung, in's Auge gefaßt werden. Ein Redner betonte, daß es sich hier um eine Machtfrage handle und es infolgedessen darauf ankomme, die Regierung, die uns unterdrücke und jedes Recht des Volkes mit allen Mitteln zu verhindern suche, zu schwächen. Er würde daher bei der Stichwahl stets für den entschiedensten Oppositionellen stimmen. Ein anderer Redner wollte mit Rücksicht darauf, daß nur die sozialdemokratische Partei wirklich oppositionell sei, den Kongreß nur dahin entscheiden lassen, für welche Parteien unter keinen Umständen gestimmt werden dürfe.

Gegen alle diese letzteren Ausführungen machten die Vertreter der erst erwähnten Ansicht geltend, daß, wenn die Sozialdemokratie bei Stichwahlen zwischen Gegnern nicht strikte an dem Grundsatz der Wahlenthaltung festhielte, dies die Irreführung der Massen zur Folge haben müsse. Bei entsprechender prinzipieller Agitationshätigkeit sei es sehr wohl möglich, auch die Massen zur Wahlenthaltung zu bringen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag:

„Bei Stichwahlen, in denen kein Sozialdemokrat in Frage kommt, sind die Parteigenossen verpflichtet, überall sich der Stimmabgabe zu enthalten“,

unter Namensaufruf mit 34 gegen 24 Stimmen abgelehnt und durch Annahme des folgenden:

„Der Kongreß geht unter Hinweis auf die Wädener Kongreßbeschlüsse\*) über alle Anträge zur Tagesordnung über“

der bisherige Standpunkt beibehalten.

Es gelangt ferner ein Antrag bezüglich der aufzustellenden Kandidaten zur Diskussion, der verlangt, daß dieselben das Parteiprogramm voll und ganz anerkennen, sowie den Beschlüssen der Partei Folge leisten. Gegen denselben wird geltend gemacht, daß er zwar an sich selbstverständlich sei, daß

\*) Der diesbezügliche Wädener Beschluß lautet: „In allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Bestimmungsgenossen bei der Wahl selbstständig vorzugehen und nur eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung.“

aber seine Annahme der Vermuthung Raum geben würde, als entsprächen die bisherigen Abgeordneten diesen Anforderungen nicht. Diese Absicht wird von dem Antragsteller bestritten und von ihm sowie von nachfolgenden Rednern darauf hingewiesen, daß Manche, die früher kandidirt hätten, heute Angstmeier seien. Der Antrag sei an sich allerdings selbstverständlich, aber das könne kein Grund zur Ablehnung sein, vielmehr müsse man mit Rücksicht auf bestimmte Vorkommnisse für die Zukunft eine Richtschnur schaffen. Die bloße Anerkennung des Parteiprogramms genüge nicht, es müsse auch die direkte Bet h ä t i g u n g der Parteizugehörigkeit gefordert werden.

Der Antrag gelangt dann unter dieser Motivirung in folgender Fassung zur Annahme:

„Es sind nur solche Kandidaten aufzustellen, die unser Programm voll und ganz anerkennen und sich der Parteidisziplin unterordnen, indem sie sich verpflichten, an allen durch Gesamtschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen sich zu betheiligen.“

Als Zwischenfall wird gemeldet, daß unten vor dem Hause sich verschiedene dänische Geheimpolizisten zeigten, die zu erfahren suchten, wer die Versammelten seien und was der Zweck ihrer Anwesenheit sei. Es wird festgestellt, daß nach dänischem Landesgesetz die Polizei nicht die Macht habe, ohne Einwilligung des Besitzers in ein geschlossenes Lokal zu dringen, und man also ihre direkte Einmischung nicht zu befürchten habe. Dagegen besitze die Polizei das Recht, Ausländer, die ihr verdächtig seien, auszuweisen. Ob man dazu schreiten werde, sei zweifelhaft. Man kommt über verschiedene Verhaltensmaßregeln überein, beschließt, juristischen Rath einzuholen und im Uebrigen die Dinge ruhig an sich herankommen zu lassen.

Um bei der Eventualität einer Auflösung nicht mit den wichtigsten Arbeiten im Rückstande zu sein, wird eine Aenderung der Tagesordnung beschlossen, außerdem dem Bureau Vollmacht erteilt, nach Umständen den Kongreß nach Schweden und zwar nach Malmö zu verlegen.

Darauf wird in den Verhandlungen weiter fortgeföhren.

Zum Schluß werden noch verschiedene, auf die Wahlagitatio n bezügliche Wünsche und Anträge, u. A. die Agitation in Elsaß-Lothringen und den polnischen Provinzen betreffend, der Parteivertretung zur Begutachtung und eventuellen Berücksichtigung überwiesen. Schluß: Nachmittags 2 Uhr.

Fünfte Sitzung am 31. März,  
Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: Organisation und Agitation. Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegt eine große Reihe von Anträgen vor, die vom Vorsitzenden verlesen werden. Der zur Debatte gestellte Antrag:

Ueber alle in Bezug auf Herausgabe neuer Flugschriften, Brochüren zc. gestellte Anträge geht der Kongreß zur Tagesordnung über, indem er der Parteivertretung empfiehlt, von den darin enthaltenen Anregungen und Vorschlägen Notiz zu nehmen und dieselben, soweit möglich und im Interesse der Partei nothwendig, zur Ausführung zu bringen“

wird von der großen Mehrheit angenommen, nachdem in der Diskussion vorwiegend betont wurde, daß die Neben der Reichstagsabgeordneten unserer Fraktion sich am Besten zur Agitation und zur Vertreibung der Unterstützungsgelder für die Familien der Ausgewiesenen bewährt haben.

Weiter wird beantragt:

„Mit der Führung der Partei im Wahlkampfe zc. werden die Reichstagsabgeordneten mit dem Rechte der Cooptation betraut. Denselben bleibt es überlassen, aus ihrer Mitte ein Subkomite zur Führung der Geschäfte zu bestimmen.“

Der Antrag wird angenommen.

Ueber mehrere Anträge, betreffend bestimmte Organisationsvorschläge, wie z. B. Deutschland in Korrespondenzbezirke einzuzuthellen, um eine energische Agitation eines Theils, und andererseits schnellere Auskunft über Personen und Vorgänge zu erlangen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Und zwar wird darauf hingewiesen, daß eine bestimmte geschlossene Organisation über Deutschland Angesichts des Sozialistengesetzes und der strafrechtlichen Bestimmungen über geheime Organisation unmöglich sei, da eine solche über kurz oder lang der Polizei zweifellos bekannt werden und dann die willkommene Handhabe für eine allgemeine Verfolgung bieten dürfte. Sei die Partei bisher ohne eine solche Organisation ausgekommen, dann könne sie dies in Zukunft erst recht, da der Geist der Zusammengehörigkeit wesentlich gewachsen sei.

Den Parteigenossen an den einzelnen Orten wird jedoch em-

ppfohlen, nach Kräften die Agitation auf umliegende Gebiete auszudehnen und je nach Lage der Verhältnisse für die Parteinteressen einzutreten. Von mehreren Seiten wurde befürchtet, daß die Sanktionierung einer derartigen Dezentralisation die Thätigkeit der Partei lähmen würde, was Andere bestritten.

Der Antrag auf Errichtung einer Korrespondenzstelle in Deutschland ruft eine kurze Debatte hervor, und wird beschlossen, der Parteibertretung anheimzugeben, eine solche einzurichten, wenn sie die Zeit für geeignet halte.

Eine längere Diskussion entspinnt sich alsdann über lokale Streitigkeiten in Bremen. Die Annahme eines Antrags, diese Angelegenheit den Reichstagsabgeordneten der Partei zur schiedsgerichtlichen Entscheidung zu überweisen, erledigt vorläufig den unerquidlichen Streit.

Der Wunsch, die Expedition des „Sozialdemokrat“ in Zürich möge in Bälde ein Schriftenverzeichnis der dort lagernden Parteibroschüren herausgeben, wurde der Betreffenden zur schleunigen Berücksichtigung empfohlen.

Hiermit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der folgende Punkt betrifft die Verlängerung des Sozialistengesetzes, Taktik der Partei und Haltung des Parteiorgans.

Der erste Redner hält die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes für eine akademische, erachtet es aber für notwendig, daß der Kongreß doch hierzu Stellung nehme. Die heutige Zusammensetzung des Reichstags böte keine Gewähr dafür, daß das Gesetz aufgehoben würde, im günstigsten Falle sei eine Streichung des Belagerungszustandes zu erwarten. Aber auch hier dürfe man sich keiner Illusion hingeben, namentlich sei davor zu warnen, von einem Thronwechsel irgend welchen Wandel zu erwarten, denn nach einem solchen befände die Sozialdemokratie sich denselben Klassen wie vorher gegenüber, von denen sie nach wie vor mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden würde. Es sei mehr als thöricht, wolle man sich bezüglich der mit großen Pomp angekündigten Sozialreform Hoffnungen hingeben, die unter dem jetzigen Regime nie verwirklicht werden könnten. Selbst den guten Willen einmal vorausgesetzt, sei die Regierung ohnmächtig, die von Interessentkämpfen mächtig durchwühlten herrschenden Klassen einer großen staatlichen Idee unterzuordnen. Das deutsche Reich und dessen Parlamentarismus böte das lebendige Beispiel der Zerrissenheit. Die ökonomischen Verhält-

nisse hätten die politischen Parteiverhältnisse derartig verschoben, daß es keiner Regierung möglich werde, eine dauernde festgeschlossene Majorität für sich zu gewinnen, um wahren sozialen Reformen die Wege zu ebnen. So woge denn der von individuellen Interessen geleitete Kampf der herrschenden Klassen, die, sich gegenseitig zerfleischend, keiner großen Idee mehr fähig sind, hin und her, um mit Naturnothwendigkeit in einem Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft zu endigen. So wie in Deutschland sähe es auch in allen anderen europäischen Staaten aus. Die Frage, wie die Sozialdemokratie sich im Falle einer Verlängerung des Sozialistengesetzes zu verhalten habe, sei einfach dahin zu beantworten, daß sie ganz dieselbe Taktik wie bisher beizubehalten habe. Die Frage, ob Verlängerung oder Nichtverlängerung, dürfe uns in keiner Weise in unserer Haltung irre machen.

Die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage sei im Großen und Ganzen eine korrekte gewesen; insbesondere auch die Haltung des „Sozialdemokrat“. Die Angriffe im Reichstag gegen letzteren müßten stets zurückgewiesen werden mit dem Hinweis darauf, daß das Sozialistengesetz die Existenz einer Parteipresse in Deutschland unmöglich mache und die Sprache des Blattes die notwendige Folge des Ausnahmegesetzes sei. Redner erklärt sich mit der Resolution der fünf sächsischen Wahlkreise, die der „Sozialdemokrat“ veröffentlichte, vollkommen einverstanden, steht sich aber veranlaßt, den Passus betreffend der Reichstagsabgeordneten abzulehnen. Darin läge ein Vorwurf gegen die nichtgenannten Abgeordneten, der den Glauben erwecken könne, als hätten diese nicht ihre Pflicht erfüllt.

Von zustehender Seite wird die in der erwähnten Resolution die Abgeordneten betr. Stelle zurückgezogen, und erklärt, daß es nicht im Sinne der Antragsteller gelegen haben, ein Mißtrauensvotum hervorzurufen.

Die sächsische Resolution, welche sich über die Haltung der Abgeordneten und des „Sozialdemokrat“ ausspricht, ruft eine sehr lange Debatte hervor. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß nicht nur Meinungs-, sondern auch prinzipielle Differenzen bei den Abgeordneten zu konstatieren seien. Diese Ansicht wurde durch einen Brief, der seitens Webel's an die New-Yorker Parteigenossen gesandt und in der „New-Yorker Volkszeitung“ abgedruckt wurde, belegt. Es könnten wohl,

wie ausgeführt wurde, alle Abgeordneten auf dem Boden des Programms stehen, im Wesentlichen läme es doch auf die Ausführung desselben an. Es sei nicht daran zu denken, daß eine Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf friedlichem Wege erfolgen könne, es gebrähe den herrschenden Kreisen an Kraft und Willen, eine Sozialreform durchzuführen. Nichtsdestoweniger sei es aber Aufgabe unserer Reichstagsabgeordneten im Reichstage an der Gesetzgebung theilzunehmen und in energischer Weise die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Nach vierstündiger, sehr lebhafter Debatte wird die Verhandlung in Rücksicht auf das stattfindende Bankett am Abend auf nächsten Morgen 8 Uhr vertagt.

Schluß Abends 8 Uhr.

\* \* \*

Sechste Sitzung am 1. April,  
Morgens 9 Uhr.

Die am vorhergehenden Tage auf 8 Uhr anberaumte Sitzung konnte erst um 9 Uhr eröffnet werden. Einmal hatte das Bankett der dänischen Parteifreunde die Vertreter beider Nationen in brüderlichem Meinungsaustausch ungewöhnlich lange beisammen gehalten, dann waren am frühen Morgen Abgesandte der dänischen Polizei in allen Hotels, wo Deutsche logirten, erschienen, um sich deren Legitimationen auszubitten und über den Zweck ihres Aufenthaltes zu unterrichten. Es muß konstatiert werden, daß die dänischen Polizeibeamten hierbei mit großer Höflichkeit zu Werke gingen, obgleich sie bei ihren Feststellungen entdeckten, daß die meisten Delegirten sich unter fremden Namen eingetragen hatten, um nicht von vorneherein das Mißtrauen der Polizei zu wecken. Nachdem diese Informationen stattgefunden, hatten sich die Polizeibeamten wieder entfernt. Die Delegirten eilten jetzt nach dem Versammlungsort, wo sie erfuhren, daß das gleiche Schicksal Alle betroffen habe. Nach allem, was man über den Vorfall weiter vernahm, darf angenommen werden, daß das Bankett und der dort stattgehabte Meinungsaustausch mit den dänischen Parteigenossen, der von irgend einem unberufenen Hörer der Polizei getreulich berichtet ward, nach oben stark verschupft hatte. Ebenso die Nachricht, daß einer unserer Abgeordneten in einem Verein dänischer Studenten einen Vortrag halten solle.

Nach kurzer Erörterung dieser Vorfälle trat man in die Tagesordnung ein.

Von den angegriffenen Abgeordneten wird ausgeführt, daß eine Prinzipien Differenz in der Partei und in der Fraktion nicht bestände. Wenn einzelne Abgeordnete sich von anderen durch mäßige Ausdrücke unterscheiden, so könne man denselben daraus keinen Vorwurf machen. Die Arbeitermasse müsse politisch und ökonomisch geschult werden, ganz wie es in den früheren Jahren geschehen, dadurch hätte die Bewegung außerordentlichen Aufschwung genommen. Jedenfalls seien die Beschuldigungen, als hätten einige Abgeordnete nicht im Interesse der Sozialdemokratie gewirkt, nicht berechtigt. Meinungs-differenzen seien allerdings vorhanden, aber diese wären taktischer Natur und berührten das Programm nicht im Mindesten. In Bezug auf angebliche prinzipielle Differenzen sei Keiner ein Vorwurf zu machen.

Dieses wird denn auch im weiteren Verlauf zugegeben und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Jeder nach Kräften für die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie wirken werde.

Betreffs des „Sozialdemokrat“ wird von sämtlichen Delegirten, welche das Wort ergreifen, erklärt, daß sie und ihre Mandatgeber im Ganzen mit der Haltung des Organs einverstanden seien. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das Blatt die Reden der Abgeordneten nicht in der ausgedehnten Weise bringen solle, dadurch verliere die Stenogramme an Interesse; ferner wünsche man, daß Fremd- und Schimpfwörter möglichst zu vermeiden seien, ebenso sei auch die größte Vorsicht bei Aufnahme von Korrespondenzen zu beobachten. Sechs in diesem Sinn gehaltene Anträge und Resolutionen wurden auf Vorschlag des Bureaus von dem Kongreß der Redaktion des „Sozialdemokrat“ zur Berücksichtigung empfohlen.

Hierauf wird die von den Delegirten der sächsischen Wahlkreise XV. XVI. XVII. XIX. und XXI. beantragte Resolution:

„Der Kongreß spricht sich entschieden gegen jederlei Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen, sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulirende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei;

„Der Kongreß erklärt sich mit der Gesamthalung des Parteiorgans einverstanden“

zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Der Delegirte der Pariser Mitgliedschaft, welcher durch Annahme des Schlusses der Debatte verhindert wurde, das Wort zu ergreifen, gibt unter Zustimmung des Kongresses Folgendes zu Protokoll:

„Die Sozialisten deutscher Zunge in Paris stehen zwar nach wie vor noch auf dem von ihnen in ihrer Resolution (s. „Soz.“ 1882 Nr. 5) entwickelten Grundrissen, erachten aber die Angelegenheit durch die seitherige Haltung der in der Resolution angegriffenen Abgeordneten und besonders durch die von dem Abgeordneten Hasenclever auf dem Kongreß abgegebenen Erklärungen für erledigt.“

Hiermit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Schluß Nachmittags 2 Uhr.

\* \* \*

Siebente Sitzung am 1. April,

Nachmittags 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende mit, daß der Polizeichef von Kopenhagen einem der Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen habe, die Delegirten möchten sobald als möglich die Stadt verlassen. (Große Heiterkeit.) Als höfliche Leute sollten wir diesem Wunsche Rechnung tragen, und so erwarte er, daß, namentlich da ohnehin viele Delegirten schon heute Abend abzureisen gezwungen seien, Jeder sich kurz fasse und der Schluß der Verhandlungen bis Abends 6 Uhr möglich werde. Nach kurzer Debatte stimmt die Versammlung dem bei.

6. Punkt der Tagesordnung: Bericht über den Stand des „Sozialdemokrat.“

Der Vertreter des „Sozialdemokrat“ erstattet genau detaillirten Bericht über Stand und Verbreitung desselben. Wie bereits im Organ des Wiederholten mitgetheilt, dürfe man mit dem bisher Erreichten wohl zufrieden sein. Zwar sei die Verbreitung nicht überall eine gleichmäßig günstige und gäbe es noch immer eine Anzahl von Orten, deren Abonnentenstand mit dem der früheren Deutschland erschienenen Parteiorgane in argem Mißverhältniß

stehe; indeß sei doch ein so erheblicher Zuwachs zu konstatiren, daß nicht nur das Organ seine Kosten decke, sondern bereits anfangs, die früher gemachten Vorschüsse zurückzahlen. Leider seien noch manche Orte mit der Bezahlung der Abonnementsgelder im Rückstande, was allerdings zum größten Theile auf Schädigung durch Polizeimaßregeln zurückzuführen sei.

Referent gibt ferner ein Bild von der Art und Weise, wie für die Förderung der Verbreitung von Seiten der Expedition gesorgt wird. Durch Hand-in-Hand-Arbeiten dieser mit den Genossen in Deutschland, deren Eifer im Großen und Ganzen nicht genug gerühmt werden könne, sei es möglich geworden, daß der Abonnentenstand in Deutschland heute mehr als viermal so hoch sei wie zur Zeit des Wühener Kongresses.

Ein Redner bestätigt, daß der gegebene Bericht mit den Büchern des Geschäftes, die in entsprechenden Zwischenräumen revidirt würden, übereinstimme.

Man rügt die Höhe der Rückstände und erwartet, daß jeder Parteigenosse dafür Sorge, daß dieselben vollständig beseitigt würden. Den Wünschen auf Ermäßigung des Preises könne nicht entsprochen werden, da sonst ein Defizit entstehen würde; man solle nicht vergessen, daß mit der wachsenden Verbreitung auch die Kosten und Gefahren derselben wachsen. Wo es möglich sei, werde die Administration des Blattes, der man in dieser Hinsicht freie Hand lassen müsse, selbst Ermäßigungen eintreten lassen.

Verschiedene Redner konstatiren, daß seit Ausstellung des verlesenen Berichtes sich in ihrer Heimath der Abonnentenstand wiederum erheblich gehoben habe. Andere erklären die Ursache der Rückstände an ihren Orten.

Nach Kenntnißnahme des Berichtes und Erledigung der kurzen Debatte geht man zum 7. Punkt der Tagesordnung über: Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Sozialreform.

Einmützig kommt man überein, in Rücksicht auf die kurz zugemessene Zeit von Entgegennahme eines Referates und von einer Debatte abzustehen.

Von mehreren Seiten hat man sich über folgende Resolution geeinigt, die zur Abstimmung kommt und einstimmig angenommen wird:

„Der Kongreß erklärt, daß er in Bezug auf die sogenannte Sozialreform im deutschen Reiche weder an die ehrlichen Absichten noch an die Fähigkeit der herrschenden

Klassen nach deren bisherigem Verhalten glaubt, sondern der Ueberzeugung ist, daß die sogenannte Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken.

„Der Kongreß hält es aber für die Pflicht der Partei, resp. deren Vertreter in den Parlamenten, bei allen auf die ökonomische Lage des Volkes gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entspringen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Hierauf wird zum nächstfolgenden Gegenstand der Tagesordnung: Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten folgende Resolution eingebracht und ohne Debatte angenommen:

„In Erwägung, daß der Kongreß in seinen Verhandlungen und Debatten genugsam die Thätigkeit unserer Abgeordneten berührt hat, beschließt derselbe, auf eine Berichterstattung hierüber zu verzichten.“

Ebenso findet ein weiterer Antrag ohne Debatte Zustimmung welcher lautet:

„Die Gesamthaltung der Reichstagsabgeordneten unserer Partei entspricht dem Programm der Partei, weshalb der Kongreß mit derselben sich einverstanden erklärt.“

Die weiteren noch unerledigten Anträge werden der Parteivertretung soweit als möglich zur Erledigung und Berücksichtigung überwiesen.

Der Delegirte des „Sozialdemokrat“ theilt dem Kongreß den Inhalt der von russischen Sozialisten in Zürich und Genf an den Kongreß gerichteten Adresse mit.

Dieselbe lautet:

Werthe Genossen!

Eine Anzahl in Genf und Zürich weilender russischer Sozialisten beauftragt uns, der deutschen Sozialdemokratie in den Personen der Delegirten zur Parteiberathung, ihre lebhaftesten Sympathien und zugleich den innigsten Wunsch auszudrücken, daß der Kongreß in seinen Berathungen die fruchtbringendsten Resultate für die gemeinsame Sache des Proletariats erzielen möge.

Wir und unsere Freunde können diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne unsern tiefen Schmerz über den Tod von Karl Marx, dem großen Lehrer und Meister des Proletariats aller Länder, Ausdruck zu geben. Die Versicherung der hohen Achtung und Verehrung, welche

unser Genosse P. L. Lawroff am Grabe des edlen Dahingeschiedenen niederlegte, machen wir im vollsten Umfange zu den unsrigen. Auch wir sind fest davon überzeugt, daß der vorzeitige Tod des geistigen Führers des internationalen Proletariats für die russische sozialistisch-revolutionäre Bewegung ein ebenso unersehlicher Verlust ist, wie für die Arbeiterbewegung der vorgeschritteneren Länder.

Wir erlauben uns daher, den Wunsch auszusprechen, daß der Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Partei die Initiative erzeige zu einer internationalen Sammlung für einen des großen Korkämpfers des modernen Sozialismus würdigen und von der Verehrung, die er bei den Sozialisten aller Länder genoß, Zeugniß ablegenden Denkstein, sowie zur Sammlung eines Fonds für eine **V o l k s a u s g a b e** seiner sämtlichen Schriften.

Wir schließen mit der Versicherung, daß wir den Kämpfen der deutschen Sozialdemokratie mit gespanntester Aufmerksamkeit folgen und jedes Wachsthum derselben nach außen wie jeden Fortschritt in ihrer inneren Entwicklung mit Freuden begrüßen.

**H o c h d i e S o z i a l d e m o k r a t i e D e u t s c h l a n d s u n d a l l e r L ä n d e r !**

Gruß und Solidarität!

Genf und Zürich, Ende März 1883.

Plechanoff.

Wera Cassulitsch.

Im Auftrag:

P. Axelrod.

Der Delegirte aus Paris berichtet über die Adresse des Nationalkomites der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei Frankreichs und beantragte die Beantwortung derselben durch die Parteivertretung.

Diese Adresse hat folgenden Wortlaut:

Paris, den 25. März 1883.

An den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie.

Bürger!

Trotz aller Schwierigkeiten hat die deutsche sozialdemokratische Partei es verstanden, ihre Organisation intakt zu erhalten. Trotz eines infamen Polizeigesetzes habt Ihr Euren Klassegegnern gegenüber den Platz behauptet und seid jetzt im Begriff, wiederum zur gemeinsamen Berathung zusammenzutreten. Es ist dies für die sozialistische Welt ein bedeutendes Schauspiel, und beglückwünschen wir Euch aufrichtig dazu.

In unserer Eigenschaft als Vertreter der sozialistisch-revolutionären französischen Arbeiterpartei senden wir Euch unsern brüderlichen Gruß und geben dem Wunsche Ausdruck, daß der bevorstehende Kongreß eine weitere Etappe sei auf unserm gemeinsamen Wege, der Befreiung des arbeitenden Volkes. Eure Beschlüsse werden, dessen sind wir sicher, von

Eurer Umsicht Beweis ablegen, und die französische Arbeiterpartei wird sie für die besten halten, welche unter den Verhältnissen, unter denen Ihr wirkt, gefaßt werden können; sie wird Eure Freiheit respektiren, wie sie wünscht, daß man die ihre respektire.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter!

Der Sekretär für die Korrespondenz mit dem Auslande:  
gez. Paul Brouffe.

Nach einer kurzen Debatte über die Frage, in welcher Weise der Kongreß das Andenken von Marx am besten ehren könne, wurde beschlossen, daß die Parteivertretung mit Friedrich Engels und der Familie von Marx, sowie den Vertretern der ausländischen sozialistischen Parteien in Verbindung treten solle, um das Andenken der Verstorbenen in einer seiner Bedeutung und seiner Denkweise würdigen Weise zu ehren.

Damit waren die Verhandlungsgegenstände erledigt.

\* \*

Der Vorsitzende nahm das Schlußwort, um zunächst den dänischen Parteifreunden und speziell dem Vorstand des „Forbund“ den herzlichsten Dank auszusprechen für die überaus gastfreundliche und zuvorkommende Weise, womit dieselben den Vertretern der geächteten Bruderpartei entgegengekommen seien und die Verhandlungen möglich gemacht haben. Diesem Danke schlossen sich sämtliche Delegirte durch Erheben von den Plätzen an. Dann warf der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, die, vom besten Geiste beseelt, sicher zur glänzigsten Weiterentwicklung der Partei beitragen würden. Sache jedes Einzelnen sei es, nach der Heimath zurückgekehrt, im Sinne und Geist dieser Verhandlungen zu wirken. Mit dem Wunsche, daß Alle glücklich die Heimreise vollenden mögen, erklärte er den Kongreß für geschlossen.

Hierauf erhoben sich sämtliche Delegirte und stimmten begeistert die Arbeiter-Marßeillaise an, der ein stürmisches dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie folgte.

\* \*

Ueber das am Abend des 31. März stattgehabte Bankett sei kurz folgendes berichtet:

Das Versammlungskolal war zu diesem Zweck seitens der dänischen Parteifreunde aufs Prächtigsie dekoriert worden. Sämmtliche Fahnen der Kopenhagener Gewerkschaften hingen von den Gallerien herab, die rotze Fahne der dänischen Internationale prangte über der Rednertribüne, Inskriften und Embleme zierten die Wände. An der Tafel, die Abends nach 9 Uhr begann, nahmen die dänischen Parteifreunde in fast gleicher Zahl wie die Delegirten Theil. Im Namen der dänischen Parteifreunde begrüßte noch einmal der in Dänemark lebende Parteigenosse Böhm die Delegirten. Diesem war auch das Amt des Uebersetzers zugefallen, da die dänischen Redner weder des Deutschen genügend mächtig waren, noch die deutschen Redner des Dänischen.

Der Vorstand des „Forbund“, Parteigenosse Holm, nahm alsdann das Wort, um in längerer Rede darzulegen, wie die Bewegung sich in Dänemark entwickelt und welcher günstigen Antheil daran die Deutschen insbesondere durch die Arbeiten von Marx und Lassalle genommen. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die deutschen Gäste.

Seitens der letzteren ergriff zunächst der Vorsitzende des Kongresses das Wort, dankte in herzlichen Worten für die gastliche Aufnahme, die man in dieser Weise nun und nimmer erwartet, und die Alle aufs Höchste und Angenehmste überrascht habe. Er spielte alsdann auf die Ereignisse an, welche zwischen Deutschen und Dänen vielfach Feindschaft und Antipathien erweckt hätten: der heutige Abend zeige aber, daß derartige Gefühle in der Arbeiterklasse der beiden Länder keinen Boden finden. Er schloß mit einem Hoch auf die fortdauernde freundschaftliche und brüderliche Gesinnung der Arbeiter beider Länder.

Die Festtheilnehmer, die sich Anfangs noch etwas fremd gegenüberfaßen, wurden alsbald wärmer, und es dauerte nicht lange, so befanden sich Alle in der animirtesten Stimmung. Reden wechselten ab mit Massengesängen und Einzelvorträgen von mit besonders günstiger Stimme Begabten. Dem deutschen Massengesang folgte der dänische, dazwischen ertönten die Tödler eines nach Dänemark verschlagenen älteren Schweizer Parteigenossen aus dem Glarnerland.

Die Feststimmung wurde noch wesentlich erhöht, als nach Mitternacht mehrere riesige Punschterrinen hereintransportirt

wurden und ein besonders guter dänischer Grog die ziemlich strapazierten Röhren beider Nationalitäten erfrischte. Erst spät trennte man sich, und wird allen Theilnehmern unserer Seite das schöne Fest und die Gastfreundschaft der dänischen Genossen unbergeßlich bleiben.

## Bericht über das Parteiarchiv.

Da sich auf dem Kongress keine Gelegenheit fand, über den Stand des Parteiarchivs Auskunft zu geben, so dürfte es zweckmäßig sein, dem Protokoll einen kurzen Bericht dieses so wichtigen Unternehmens beizufügen.

Angefiçhts der Unklarheit, die noch hier und da in Parteikreisen über den eigentlichen Zweck und die Aufgaben des Archivs obwaltet, werden auch einige aufklärende Bemerkungen darüber nicht unwillkommen sein.

Das Parteiarchiv ist zwar erst seit wenigen Monaten in's Leben getreten, doch ist es nichts weniger als eine Schöpfung des Ausnahmengesetzes. Im Gegentheil ist seine Errichtung durch das Sozialistengesetz vielmehr verzögert worden. Und zwar, wie aus Nachstehendem sich ergeben wird, doppelt bedauerlicher Weise.

Bereits im Anfang des Jahres 1878 regte Genosse **Debel** im „Vorwärts“, (Nr. 21 vom 20. Februar 1878) auf Grund einer im Sommer 1877 mit **Geib** gepflogenen Unterredung die Errichtung einer **Partei-Bibliothek** an. Die Gründe für diesen Vorschlag liegen so auf der Hand, daß es kaum nöthig ist, sie hier zu wiederholen. Wer je in der Lage gewesen ist, die ältere sozialistische oder den Sozialismus betreffende Literatur nachschlagen zu müssen, wird wissen, auf welche Schwierigkeiten die Beschaffung selbst der bekannteren einschlägigen Werke stößt, ganz abgesehen davon, daß für die weitaus größere Mehrzahl der Genossen die Sache schon an dem Kostenpunkt scheitert. Selbst die öffentlichen Bibliotheken helfen diesem Uebelstande nicht ab, da sie für ihre Anschaffungen von ganz anderen als den für uns in Frage kommenden Gesichtspunkten ausgehen. Andererseits gehen eine Anzahl von für uns hochinteressanten Werken, von Sammelexemplaren sozialistischer Zeitschriften zc., die sich heute im Privatbesitz befinden, nach und nach durch Verkauf an Leute, die ihren Werth nicht zu schätzen wissen, allmählig ganz verloren u. s. w. u. s. w.

Aus diesem Grunde schon war die Errichtung einer Sammelstelle gerechtfertigt, an welche die Genossen, die derartige Werke im Besitz haben, sie im Interesse der Gesamtheit, sei es sofort, sei es testamentarisch, überweisen können, von der dagegen die Genossen, welche Studien über die sozialistische Bewegung, bezw. über bestimmte Epochen derselben zu machen wünschen, die einschlägigen Werke leihweise beziehen können.

**Debel** faßte seinerzeit auch mit Recht diejenige Literatur für die Partei-Bibliothek in's Auge, die anscheinend nur indirekt den Sozialismus angeht, deren Studium aber thatsächlich unerläßlich ist für das volle und ganze Verständniß der Neubildung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage, als da sind: Werke aus dem Gebiete der Geschichte, der Naturwissenschaften, der Technik, der Statistik u. s. w.

Der Plan fand damals ungetheilten Beifall, seine Ausführung wurde aber leider durch die Ereignisse des Jahres 1878 verhindert. Hätte damals diese Bibliothek bereits bestanden oder wäre wenigstens gleichzeitig mit dem Verkündigung des Sozialistengesetzes eine solche im Ausland in's Leben gerufen worden, es wären eine ganze Anzahl von für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung höchst interessanten Präferenzzeugnissen vor der gänzlichen Vernichtung bewahrt worden. Sehr richtig äußerte sich darüber ein Genosse, dem das Verdienst der Wiederanregung dieser Frage gebührt, in Nr. 18 des „Sozialdemokrat“ vom Jahre 1882:

„Wenn auch dieser Uebelstand — daß nämlich unter den jüngeren Genossen sehr wenige die Parteigeschichte kennen — durch die Schaffung eines Parteiarchivs nicht gehoben würde, so würde doch verhütet, daß die zahlreichen sozialistischen Schriften jener Periode überhaupt verloren gehen. Zum Theil mag letzteres nämlich schon jetzt der Fall sein, wie es z. B. schwer halten dürfte, noch Exemplare sämtlicher so zahlreichen Organe der Partei zu beschaffen. So wurden, um nur Eines anzuführen, die Belegexemplare eines unserer besten Parteiblätter in einer Auktion verkauft und zu Käsepapier verwendet.

„In den meisten Fällen werden die Belege der Parteiorgane indess noch vorhanden sein, und sie würden, hervorgesucht aus dem Bodengerümpel und Moder, in dem sie heute vielfach lagern, einen sehr guten Beitrag zu dem Archiv bilden. Diese Belegexemplare der Parteiorgane sind für denjenigen, der sich an die Bearbeitung der Geschichte unserer Partei macht, um so wichtiger, als sie außer den Kongressprotokollen die einzige Quelle sind, aus welcher erschöpfen könnte. **Meyer's** Emanzipationskampf des vierten Standes, den man als Quelle anführen könnte, ist in vieler Beziehung fehler- und lückenhaft, und woher soll ein Historiker sonst seine Daten entnehmen, als aus unseren Zeitungen? In öffentlichen Bibliotheken sind dieselben gar nicht oder nur selten vorhanden, und ich meine, daß allein schon die Erhaltung möglichst sämtlicher Parteiorgane die Schaffung eines Archivs rechtfertigt.

Aber nicht nur für die Literatur der deutschen sozialistischen Partei

wäre ein solches Archiv wichtig, auch die Geschichte des Jahres 1848, der Pariser Kommune, der heutigen russischen revolutionären Bewegung bietet noch manche dunkle Seiten, welche durch ein Zusammentragen des Materials und späteres kritisches Sichten desselben beleuchtet und in ein helleres Licht gesetzt werden könnten. Es ist nur zu erklärlich, daß die städtischen und höfischen Bibliotheken in Bezug auf revolutionäre Bewegungen möglichst wenig und möglichst Schlechtes bieten, und es erscheint mir daher als im Interesse unserer Partei liegend, wenn wir die Sammlungen des Materials unserer Geschichte in die eigene Hand nehmen.

„Wie dem Schreiber dieses selbst bekannt ist, gibt es in der Partei noch eine Anzahl alter Genossen, gewissermaßen Veteranen, die sich schon in den 30er und 40er Jahren um das kommunistische Banner schauerten und die die meisten seither erschienenen Broschüren, Flugblätter, Pamphlete, Reden und sonstige die soziale Frage betreffenden Schriften mit Bienenfleiß sammelten und heute noch in dem Besitze derselben sind. Gewiß werden einige derselben für ihre Literaturschätze lieber die Partei als Erbin sehen, als vielleicht entfernte Verwandte, die den Werth derselben oft nicht einmal zu schätzen wissen. Auch sind hier und dort Bibliotheken vorhanden, die, früher im Besitze von Parteiorganisationen, gewiß von ihren jetzigen Besitzern der früheren Eigentümerin, der Partei, gerne zurückgegeben würden, sobald eine Stelle bekannt gemacht wird, wo diese Sachen bis auf Weiteres aufbewahrt werden.“

Diesen trefflichen Worten über die Nothwendigkeit des Parteiarchivs als Sammelplatz unserer Parteiliteratur haben wir nichts hinzuzufügen.

Aber das Parteiarchiv kann und soll noch mehr sein. Es soll auch eine Sammelstelle der Dokumente unserer Partei sein, der Aufbewahrungsort für Schriftstücke, deren Vernichtung weder zweckmäßig noch nothwendig erscheint, die aber im Bereiche der deutschen Reichsspitzelei schon aus dem Grunde nicht aufgehoben werden können, weil kein Genosse mit Sicherheit sagen kann, ob er sich morgen noch auf freiem Fuße befindet. Ferner gehören hierher interessante Prozeßakten, namentlich gerichtliche Erkenntnisse, deren Aufbewahrung nicht nur einen theoretischen, sondern unter Umständen auch einen sehr greifbaren praktischen Nutzen haben dürfte. Die von unseren Genossen ausgegebenen Wahl- u. Flugblätter, Aufrufe und dergleichen fallen zwar bereits unter die Rubrik der Druckwerke es dürfte aber nicht überflüssig sein, hier noch ausdrücklich auf die besondere Wichtigkeit der Sammlung dieser von der Agitation und Aktion unserer Partei Zeugniß ablegenden Dokumente zu verweisen. —

Auf der vom 19.—21. August 1882 in Zürich stattgehabten Parteikonferenz wurde denn auch einstimmig die Errichtung eines Parteiarchivs beschlossen und ein Genosse mit der vorläufigen Entgegennahme der Eingänge beauftragt.

Trotz der damaligen Bekanntmachung im „Sozialdemokrat“ ist das Archiv indeß bis jetzt noch nicht in dem Maße von den Genossen bedacht worden, als man nach Lage der Sache hätte erwarten sollen. Das mag zum Theil daran liegen, daß viele Genossen über die Bedeutung und den Zweck des Archivs nicht recht klar sind, ein Uebelstand, dem wir durch die obigen Ausführungen abgeholfen zu haben glauben, sowie auch daran, daß die Aufforderung zur Einsendung an das Archiv bis jetzt nicht wiederholt wurde.

Immerhin ist der Bestand des Archivs doch bereits ein solcher, daß eine detaillirte Aufzählung desselben den uns hier zur Verfügung stehenden Raum bei Weitem überschreiten würde. Der Katalog weist nämlich bis Ende Februar 1883 bereits 288 Nummern auf, wozu seitdem noch die Bibliothek eines größeren ehemaligen Parteinstituts gekommen ist, die vielleicht ebenso stark oder noch stärker ist, aber noch nicht inventarisiert werden konnte. Es ist daher an dieser Stelle nur möglich, einen generalen Ueberblick über die Zusammensetzung des bisherigen Bestandes zu geben.

Das Archiv besitzt bereits einen großen Theil, leider aber bei Weitem noch nicht die Gesamtheit unserer eigenen Parteischriften seit Beginn der Lassalle'schen Agitation. Es ist fernerhin im Besitze der kompletten Jahrgänge des „Neuen Sozialdemokrat“, des „Volksstaat“, der „Berliner Freien Presse“, des „Dresdener Volksbote“, sowie von Einzeljahrgängen der übrigen deutschen Parteiorgane. Auch verschiedene Jahrgänge ausländischer sozialistischer Organe, allerdings erst der letzten Jahre, wie auch verschiedene ausländische Parteischriften, sind bereits eingegangen. Den Rest des jetzigen Bestandes bilden Zirkuläre, Aufrufe, Protokolle, Prozeß- und andere Akten, sowie eine Anzahl von theils sozialökonomischen, theils politischen Publikationen, meist aus der neueren Zeit.

Von verschiedenen Broschüren sind sogar Duplikate da, was durchaus kein Schade ist. In Bezug auf Flugschriften zc. wäre es vielmehr höchst wünschenswert, wenn sie stets in Doppel Exemplaren vertreten wären.

Bis jetzt sind alle Eingänge sofort in ein dazu angelegtes Buch eingetragen und mit laufender Nummer versehen worden. Sobald die eben erwähnte Bibliothek inventarisiert sein wird, wird aber außerdem noch ein spezialisirter Katalog angelegt werden.

Jedem Einsender wird auf Wunsch Quittung im „Sozialdemokrat“ ertheilt, oder es werden ihm die Nummern mitgetheilt, unter denen seine in Sendung Verzeichniß figurirt.

\* \*

Zum Schluß richten wir an die Genossen allerorts das Ersuchen, für Vervollständigung des Parteiarchivs nach Kräften Sorge tragen zu wollen. Kein Flugblatt sollte erscheinen, von dem nicht ein oder zwei Exemplare

für das Archiv zurückgelegt werden, keine Privatbibliothek veräußert werden, ohne daß vorher mit der Verwaltung des Archivs Rücksprache genommen wäre. Auch die gegnerische Literatur darf wenigstens in ihren Haupterscheinungen im Archiv nicht fehlen, wenn dasselbe seinen Zweck erfüllen soll.

Alle Sendungen für das Archiv sind an die bekannten Züricher Vertrauensleute zu adressiren.

### Die Verwaltung des Parteiarchivs.

